Offenes Blatt
DIE LINKE. Schwerin
September 2010

Sternfahrt für den Frieden



Friedensfahrt – Die Schweriner Teilnehmer auf dem Weg zur Gedenkstätte in Wöbbelin

Traditionell findet am Sonntag nach dem 1. September – dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und dem Weltfriedenstag – die Sternfahrt für den Frieden statt. Die Sternfahrt fand auch dieses Jahr unter dem bewährtem Motto »Früh aufstehen gegen Krieg und Gewalt für Toleranz und Antifaschismus!« statt. Sie führte die Teilnehmer aus den Landkreisen und Kreisverbänden Ludwigslust, Parchim und Schwerin zur Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin. Wir wollen an diesem Tag der Opfer des Faschismus gedenken. Wir wollen erinnern und mahnen. Wir wollen ein Zeichen setzen gegen Krieg und Gewalt, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. In seiner Gedenkrede rief der Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Prof. Heinrich Fink dazu auf, gegen die Gleichgültigkeit aktiv vorzugehen, da sie immer das Ende eines Prozessen darstellt.

EINLADUNG

Wir laden alle Schwerinerinnen und Schweriner zum »Dialog – ein Moslem in Schwerin« in die Lübecker Straße 180 ein. Wir treffen uns am 16. Oktober 2010 um 16.00 Uhr, um mit dem Vorsitzenden des Islamischen Bund Schwerin zu diskutieren. Herr Mohamed Dib Khanji möchte über seine Erfahrungen als Moslem in Deutschland berichten. Wir möchten uns in einem offen Gespräch, bei dem keine Fragen ausgelassen werden verständigen.

Michael Strähnz

Das Wort zum Monat



Von Stefan Schmidt, Vorsitzender des Kreisvorstandes Schwerin der Partei DIE LINKE.

Muss Schwerin die Schwimmhallen am Ende schließen?

Seit dem Sommerloch begleitet sie uns, die Diskussion um Sanierung oder Neubau von Schwimmhallen an verschiedenen Plätzen in unserer Landeshauptstadt. Aber worum geht es eigentlich in dieser Diskussion? Die Verwaltung wurde im Jahr 2008 (damals war Angelika noch nicht Oberbürgermeisterin) von der Stadtvertretung beauftragt, die Sanierung der auf dem Dreesch und in Lankow befindlichen Schwimmhallen durchzuführen und dafür auch Fördermöglichkeiten (einschließlich aus dem Bereich Städtebau) zu prüfen. Für dieses Vorhaben hat die Verwaltung nun eine Machbarkeitsstudie vorgelegt, aus der hervorgeht, dass ein Neubau – der die gesamte Wasserfläche an einem Standort konzentriert – weniger Kosten verursacht, als eine Sanierung beider Hallen. Aus dem Innenministerium gab es dann zwischenzeitlich auch deutliche Signale, dass es für die Sanierung und weitere Betreibung von zwei Schwimmhallen in der Landeshauptstadt keine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde geben wird. Da unsere Stadt seit Jahren hoch verschuldet ist und sich dies auf absehbare Zeit auch nicht ändern lässt, können wir ohne diese Genehmigung keine der Hallen sanieren.

Bei der beauftragten Prüfung der Fördermöglichkeiten hat sich ergeben, dass bei einem Neubau oder der Sanierung der Halle auf dem Großen Dreesch Fördermittel aus der Städtebauförderung bis zu 50 Prozent der Baukosten zur Verfügung stehen können. Das könnten bis zu 6 Millionen Euro sein, die wir an keinem anderen Standort einer Schwimmhalle erhalten würden. Eine Förderung außerhalb eines Fördergebietes ist nämlich nur dann möglich, wenn ein Bau in einem bestehenden Fördergebiet nicht möglich ist und die Einrichtung für die Einwohner des Fördergebiets positive Effekte bringt. So hat es jedenfalls das Bauministerium dargestellt. Da die Machbarkeitsstudie aber eindeutig zeigt, dass sowohl Neubau, als auch Sanierung der Halle auf dem Großen Dreesch möglich wären, kann sie auch nur an diesem Standort mit Städtebaufördermitteln gefördert werden.

Neben diesen Fördermitteln prüft die Verwaltung derzeit weitere Fördermöglichkeiten für den Neubau einer Schwimmhalle. Ziel ist eine insgesamt etwa 70- bis 80-prozentige Finanzierung aus Fördermitteln. Dann würden die derzeit im Haushalt geplanten Mittel für die Hallensanierung als Eigenmittel für den Neubau ausreichen und der Neubau hätte finanziell eine gute Basis.

Um alle offenen Fragen der Stadtvertreter in den Fachausschüssen zu klären, wurde auf der Hauptausschusssitzung vom 14. September vorgeschlagen, den Antrag erst auf der Stadtvertretersitzung im Oktober zur Beschlussfassung vorzulegen. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben nun die Fraktionen von CDU/FDP, SPD, Grünen und unabhängigen Bürgern am vergangenen Montag die Zukunft der Schwimmhallen grob gefährdet. Beschlossen wurde durch diese Fraktionen, dass die Verwaltung eine Bedarfsanalyse vorlegen soll, die lediglich Pflichtaufgaben der Kommune berücksichtigt und freiwillige Aufgaben gesondert betrachtet. Da es aber keine gesetzlich pflichtigen Aufgaben im Rahmen der Betreibung einer Schwimmhalle in einer Kommune gibt, ist dies gleichbedeutend mit der Schließung beider Hallen mit allen haushaltsrechtlichen Konsequenzen.

Zu hoffen bleibt, dass sich alle Stadtvertreter in den kommenden Tagen wieder ihrer Aufgabe bewusst werden, zum Wohl unserer Stadt und ihrer Bürger Entscheidungen zu treffen. Es muss endlich wieder zu einer sachlichen Diskussion kommen, die unsere Stadt voran bringen kann und bei der die vom Land zugesagten hohen Fördermittel auch genutzt werden können. Alles andere wäre fatal für unsere Stadt und insbesondere für die betroffenen Schwerinerinnen und Schweriner, für Kinder, die in der Schule keinen Schwimmunterricht mehr hätten, für Vereine, die keine Möglichkeit mehr in der Stadt hätten, ihren Sport zu betreiben, einschließlich Behinderten- und Rehabilitationssport und nicht zuletzt die Bevölkerung, die zumindest im Winter keine Möglichkeit der sportlichen Betätigung im Wasser hätte.

Mit solidarischen Grüßen
Stefan Schmidt

Information der Bundesgeschäftsführung zur Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes am 20. September 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Geschäftsführende Parteivorstand gratulierte Hans-Jürgen-Scharfenberg, der in der ersten Runde der Oberbürgermeisterwahl in der Landeshauptstadt Potsdam auf 33,1 Prozent der Stimmen gekommen war. In der Stichwahl am 3. Oktober trifft er auf den Amtsinhaber Jann Jakobs (SPD), der am vergangenen Sonntag 41,7 Prozent erreichte. Der Geschäftsführende Parteivorstand sagte Hans-Jürgen Scharfenberg auch weiterhin seine Unterstützung zu.
In der aktuell-politischen Verständigung befasste sich der Geschäftsführende Parteivorstand mit der Situation im Landesverband Rheinland-Pfalz. Heinz Bierbaum berichtete über den aktuellen Sachstand. Der Geschäftsführende Parteivorstand wird ein Rechtsgutachten für das eingereichte Mitgliedsbegehren erstellen lassen. Im Bezug auf die Mitgliederbereinigung erwartet der Geschäftsführende Parteivorstand vom Landesverband Rheinland-Pfalz und von allen anderen Landesverbänden ein transparentes, nachvollziehbares, satzungsgemäßes Vorgehen im Einvernehmen zwischen Landesvorstand und Landesschatzmeister. Der Bundesschatzmeister wird gebeten, auf der nächsten Sitzung des Bundesfinanzrates Musterbriefe vorzuschlagen. Das Thema wird außerdem Gegenstand einer gemeinsamen Beratung der Geschäftsführer/-innen und Schatzmeister/-innen von Bund und Ländern.
Außerdem war die Situation in der deutschen Delegation der GUE/NGL Thema im Geschäftsführenden Parteivorstand. Es wurde verabredet, dass vor einer inhaltlichen Befassung alle Mitglieder der LINKEN-Delegation am 4. Oktober zum Gespräch eingeladen werden. Außerdem soll das EL-Aktionsprogramm auf etwaige Übersetzungsfehler überprüft werden. *
Der Geschäftsführende Parteivorstand wertete die Demonstration gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken aus. Mehr als 100 000 Atomkraftgegnerinnen und -gegner hatten am Wochenende in Berlin mit einer bunten, phantasievollen Demonstration gegen die Nutzung der Atomkraft und gegen die Atompolitik der Bundesregierung protestiert. Darunter auch die Parteivorsitzende, Gesine Lötzsch, und der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi, was allerdings von den Medien weitgehend ignoriert wurde. Die Berichterstattung konzentrierte sich auf SPD und Grüne. Darüber werden die Pressesprecher von Partei und Fraktion bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern ARD und ZDF Beschwerde einlegen. Kritik daran, dass in Erlangen und Rostock parallel zu der Demonstration zwei Regionalkonferenzen der LINKEN stattgefunden haben, konnte der Geschäftsführende Vorstand zwar verstehen, aber nicht teilen. Die Konferenzen lagen in der Hoheit der jeweiligen Landesverbände und waren sehr langfristig vorbereitet worden. Ihre Absage hätte nach Einschätzung des Vorstandes nicht zu einer spürbar höheren Beteiligung von LINKE-Mitgliedern geführt, dennoch soll bei den weiteren Antiatomprotesten die Mobilisierung verstärkt werden.
Weiterhin zog der Geschäftsführende Parteivorstand Schlussfolgerungen aus der Beratung des Bundesausschusses am 11. und 12. September 2010 in Berlin. Caren Lay, die dort für den Parteivorstand berichtet hatte, bewertete das Treffen sehr positiv. Sie warb ausdrücklich für eine gute Zusammenarbeit zwischen Bundesausschuss und Parteivorstand. Eine wichtige Entscheidung des Bundesausschusses war das Konzept zur Geschlechtergerechtigkeit. Die Bereiche Politische Bildung und Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle werden nun die Ziele des Konzepts in ihre Projekte integrieren. Der Parteivorstand ist aufgefordert, zur Umsetzung personelle, materielle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ein Beschluss des Bundesausschusses zu den Vergütungen hauptamtlicher Parteiämter wird an die AG Vergütungsfragen (siehe Beschluss weiter hinten) überwiesen.
Der Geschäftsführende Parteivorstand fasste den einvernehmlichen Beschluss, dem Parteivorstand für seine Klausur am 25. und 26. September 2010 einen Stellenplan für die Bundesgeschäftsstelle vorzulegen. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Einzelmaßnahmen einbezogen sind, wurden darüber informiert und haben sich damit einverstanden erklärt.
Verständigt hat sich der Geschäftsführende Parteivorstand auch zum Ablauf des Programmkonvents, der am 6. November 2010 in Hannover stattfinden wird. Die Regionalkonferenzen zum Programmentwurf in Erlangen und Rostock sind auf großes Interesse gestoßen und waren ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Programmkonvent. Alle Regionalkonferenzen werden protokolliert, damit die Ergebnisse in das weitere Verfahren einfließen werden.
Darüber hinaus beriet der Geschäftsführende Parteivorstand über einen Vorschlag der Vorsitzenden zur Zusammensetzung einer Internationalen Kommission, deren Vorsitzender Oskar Lafontaine sein soll.
Der Geschäftsführende Parteivorstand verständigte sich zu der Vorlage Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur künftigen Regelung der Vergütung von hauptamtlich ausgeübten Parteiämtern. Die Parteivorsitzenden sind derzeit im Gespräch mit möglichen Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe. In der AG werden keine betroffenen Personen mitarbeiten.
Außerdem nahm der Geschäftsführende Parteivorstand zur Kenntnis, dass die Vorlagen »Stärkung der Tarifmacht«, »Stuttgart 21« und »Rente ab 67« an den Parteivorstand weitergeleitet werden.
Unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes diskutierte der Geschäftsführende Parteivorstand über die Veröffentlichung einer »Sarrazin«-Broschüre und entschied, zunächst die Gestaltung für eine Download-Variante zu finanzieren und den Druck einer Broschüre zu prüfen.
Mit solidarischen Grüßen
Caren Lay

* Die Überprüfung nach der Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes hat ergeben, dass die deutsche Arbeitsübersetzung des EL-Aktionsprogramms bedauerlicherweise einen Übersetzungsfehler beinhaltet. Die ELForderung nach einem europäischen Mindestlohn bezieht sich nach wie vor (siehe EL-Wahlplattform) auf den jeweiligen nationalen Durchschnittslohn, nicht das Durchschnittseinkommen. Hier ist eine ungenaue Übersetzung beim Korrekturlesen übersehen worden, der englische Text ist eindeutig.

Einladung zur Eröffnungsfeier

Die Basisorganisation Aufbruch Links hat sich mit anderen Gruppen und Vereinen zu einer Projektgemeinschaft zusammengefunden. Ziel war es, eine Räumlichkeit zu schaffen, in der diverse Veranstaltungen und Aktivitäten möglich sind. Dieses Ziel ist erreicht!
Deshalb laden wir zur Eröffnungsfeier ein:

Wo? Lübecker Straße 180 (120 m von der Haltestelle Robert-Beltz-Straße in Richtung Altstadt)
Wann? am Sonnabend, dem 9. Oktober ab 16.00 Uhr

Höhepunkt unserer Feierlichkeit ist die Namensgebung unserer Lokalität: »Buntes Q«
Bei interessanten Gesprächen, Musik und guter Laune werden die BO Aufbruch Links, VVN-BdA, Attac, die Bunten, der osteuropäische Freundschaftsverein sowie weitere Personen der Projektgemeinschaft allen Gäste einen Einblick in unsere Tätigkeiten geben.
Teilweise noch in der »Bauphase« sind bereits Veranstaltungen zu Venezuela oder Mathematik-Nachhilfekurse für Schüler der 10. und 11. Klassen durchgeführt worden. Ebenso war als Referent aus Ghana der Schulrektor Dontoh (Accra) im »Bunten Q« und gab allen Anwesenden einen Einblick in das Land und die politische Situation dort. Aktionen zu den geplanten sozialen Kürzungen wurden wesentlich auch im »Bunten Q« in Absprache mit dem »Aktionsbündnis gegen das Sparpaket« vorbereitet.
Das »Bunte Q« ist ein Ort für soziale, kulturelle und politische Projekte, Bildungsveranstaltungen und Feierlichkeiten.
Das »Bunte Q« soll allen zur Verfügung stehen, die mit uns gemeinsam Ideen entwickeln und Projekte umsetzen wollen. Vor allem für Menschen, die keine Lobby haben, ist das »Bunte Q« ein Ort, an dem sie ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen können.
Für uns Betreiber ist es nicht wichtig was jemand hat, sondern was er/sie macht.
Herzlich willkommen zur Eröffnung – und darüber hinaus! Sei dabei!

TAG DER ERINNERUNG UND MAHNUNG





Schweriner Antifaschisten im mahnenden Gedenken. Rechts: Kreisvorsitzender Stefan Schmidt legt eine rote Nelke zum Gedenken nieder.

Wie jeden zweiten Sonntag im September findet in Schwerin seit 20 Jahren traditionell der Tag der Erinnerung und Mahnung statt. Die Erinnerung an die furchtbaren Taten der Nazi-Diktatur ist nach 65 Jahren leider in großen Teilen der Bevölkerung weitgehend verblasst. Und deshalb ist ständiges Mahnen an die unfassbaren Gräuel des Faschismus geradezu Pflicht.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten organisierten dieses Mahnen und Gedenken in Schwerin. Auch DIE LINKE Schwerin hat sich als einzige Friedenspartei daran beteiligt. »Gerade in unserem Land, in dem die NPD im Landtag sitzt und Bücher mit geradezu rassistischen Ansichten Befürwortung in der Bevölkerung erhält, ist es um so wichtiger zu gedenken und zu mahnen«, sagte Kreisvorsitzender Stefan Schmidt.

R.J.

kommentiert

Vor 75 Jahren wurden das »Reichsbürgergesetz« und das »Blutschandegesetz« beschlossen

Da die SVZ in den letzten Wochen als Pressesprecher von Herrn Horn (Fraktion UB im Stadtparlament) voll auf zu tun hatte, konnte sie folgenden Artikel nicht veröffentlichen bzw. etwas zu diesem Thema schreiben.

Anlass wäre notwendigerweise gewesen, an das »Reichbürgergesetz« und an das »Blutschandegesetz« zu erinnern. Dieses sogenannte Blutschandegesetz hatte ja auch **nur** die Ermordung von Millionen Menschen mit jüdischen Wurzel und die Verurteilung vieler »unwürdiger« Deutscher zur folge.

Der deutsche Staat zeigt sich heute nicht in der Lage und willens, die neofaschistische NPD zu verbieten.

Während der 87. Sitzung des Landtag Mecklenburg-Vorpommern sprach das MdL der NPD Bormann selbst davon, dass sie »Nationalsozialisten« sind.

*

Vor 75 Jahren, am 15. September 1935 verabschiedete der deutsche Reichstag ein Gesetz mit fürchterlicher Auswirkung für Juden und für Deutsche. Am Vorabend des Reichsparteitages der faschistischen NSDAP wurde der Rassenwahn in Gesetzesform gebracht. Die Nürnberger Rassengesetze, auch Blutschandegesetz genannt, teilten die Menschen in Kategorien ein. Von dieser Zuordnung hing der weitere Verlauf ihres ganzen Lebens ab. Es gab »gute« Deutsche und »schlechte« Juden. Dazwischen wurden letztere noch in Mischlinge ersten und zweiten Grades eingeteilt. Das Blutschandegesetz diente einem zentralen Punkt der faschistischen Rassenideologie, der »Reinhaltung des deutschen Blutes«. Damit waren Eheschließungen oder außereheliche Kontakte zwischen jüdischen und deutschen Menschen verboten und wurden unter strenge Strafe gestellt. Gleichzeitig beschloss der Reichstag das Reichsbürgergesetz. Es regelte die rassistische Einteilung der Menschen und legte die Bedingungen fest unter welchen der Mensch ein Deutscher ist.

Im Paragraph 2.1. heißt es: »Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.« Es half also nicht nur das »Blut«, wichtig war auch das eigene Verhalten und die Einschätzung anderer, ob der Deutsche auch geeignet ist Deutscher zu sein. Also Maul halten und Arsch kriechen, um nicht in Verdacht zu kommen, unwürdig zu sein und damit die Reichsbürgerschaft zu verlieren.

Heute, nach 75 Jahren, versuchen Rassisten immer noch Deutsche und andere Menschen anhand ihrer »Gene« oder ihres »Blutes« zu kategorisieren. Ob nun Sarrazin oder die Neofaschisten von der NPD – alle zeichnen sich durch den primitiven Rassismus der NSDAP aus. Dem dürfen wir heute keine Chance mehr geben. Es ist notwendig, die Demokratie gegen alle Angriffe zu verteidigen. Sonnst heißt es wieder: Maul halten und Arsch kriechen!

Michael Strähnz
VVN/BdA
Westmecklenburg-Schwerin

Aufruf zur Gegendemonstration gegen NPD-Aufmarsch am 25. September

Am Sonnabend, 25. September 2010, will die NPD durch Schwerin marschieren. Gemeinsam mit dem DGB, dem Bündnis »Keine Geschäfte mit Nazis« und zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus Schwerin wollen wir diesen Aufmarsch verhindern. Deshalb nehmt an der Gegendemonstration teil! Treffpunkt ist ab 10.00 Uhr am Platz der Freiheit.
Versucht den Termin in Eurem Umfeld so breit wie möglich bekannt zu machen und erscheint am Sonnabend zahlreich.

»Todesstrafe für Kinderschänder«?

Der NPD geht es nicht um den Schutz des Kindes



Auch unsere Stadt hat die NPD nun mit ihrem Demonstrationsaufruf unter dem Motto »Todesstrafe für Kinderschänder« erreicht. Ein schlimmes Ereignis, dass einer schlimmen, ja verbrecherischen Ideologie zum Durchbruch verhelfen will. Aber will die NPD hier nicht Gutes, wenn sie gegen Kinderschänder besonders hart vorgehen will? Das Gegenteil ist der Fall.

Die von der NPD erhobene Forderung nach einer Todesstrafe für Kinderschänder lässt auf erschreckende Weise außer Acht, dass im Vorfeld eine präventive Arbeit notwendig ist, um Kindeswohlgefährdung zu vermeiden. Moderne Jugendhilfe und Jugendarbeit muss zwingend das Ziel verfolgen, Kinder und Jugendliche als Persönlichkeiten zu stärken und ihnen so ein selbstbestimmtes Handeln zu ermöglichen. Nur als Persönlichkeit starke Kinder können sich wehren, können dem Täter oft weit bevor er zum Täter werden kann, seine Grenzen aufzeigen. Viele Sozialarbeiter in unserer Stadt sind genau mit diesem Ziel tätig und leisten somit einen wesentlichen Beitrag zur Prävention. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Gleichzeitig bleibt die Forderung einer weiteren umfassenden Qualifizierung und Fortbildung aller Lehrerinnen und Lehrer sowie der in Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendarbeit Beschäftigten Kolleginnen und Kollegen von großer Bedeutung. Nur so können Anzeichen von sexuellem Missbrauch bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkannt und den jungen Opfern entsprechend geholfen werden.

Öffentlich werden häufig Fälle, in denen Kindesmisshandlung durch Fremde erfolgt. Statistisch ist es leider so, dass die deutliche Mehrzahl der sexuellen Übergriffe auf Kinder und Jugendliche aus näheren Umfeld der Opfer erfolgen, also in Familie, Verwandtschaft und Bekanntschaft. Es ist also meistens nicht die brutale Vergewaltigungsszene in der Stadt oder im dunklen Park. Nein, es ist viel schlimmer, etwas was zu hause, vielleicht sogar im eigenen Bett des Kindes oder Jugendlichen geschieht. Denn es sind oft Elternteile, andere Familienangehörige oder Freunde die die Täter sind. Eine emotionale Bindung zwischen Opfer und Täter ist also ganz oft schon vorhanden und diese wird vom Täter im Vorfeld des sexuellen Übergriffs ganz bewusst verstärkt bzw. aufgebaut. Dies macht die Komplexität des Problems deutlich und führt gleichzeitig die billige Polemik der NPD vor Augen.

Abgesehen davon, dass die Todesstrafe das Grundgesetz, auf das die NPD bekanntlich sowieso pfeift, verletzt, ist die Todesstrafe auch in der Sache keine vorwärts weisende Forderung. Tätern wird die Todesstrafe ein weiteres Mittel in die Hand geben, ihre Opfer einzuschüchtern. Denn schon heute setzen die Täter, insbesondere durch die bestehende emotionale Bindung zwischen Opfer und Täter, die Kinder und Jugendlichen unter Druck. Dabei drohen die Täter heute mit einer langen Trennung, für die dann das Opfer verantwortlich sein soll. Es ist eine schlimme Situation in die das Opfer gerät. Für das Opfer gehört daher sehr viel Mut dazu, sich anderen Menschen gegenüber zu öffnen und von ihrem Leid zu berichten. Nach den Vorstellungen der NPD muss das Opfer dann auch die Verantwortung für den Tod eines anderen Menschen auf sich nehmen. Was will die NPD den jungen Opfern sexueller Gewalt noch zumuten. Dies zeigt das Verwerfliche im Handeln der NPD. Die NPD will die Opfer nach ihren schlimmen Erfahrungen nun auch noch politisch missbrauchen.

Dass es der NPD nicht um das Kindeswohl, sondern nur um billigen Populismus geht, macht auch das Motto der von ihr angemeldeten Demonstration deutlich. »Todesstrafe für Kinderschänder« zeigt, dass es hier nicht um die Kinder und damit die Opfer geht. Die sind ihr vermutlich auch egal. Denn allein die Wortwahl »Kinderschänder« macht deutlich, dass dem Kind oder Jugendlichen hier eine Schande passiert sei. Genau das ist aber falsch. Einen sexuellen Übergriff zu erleben ist keine Schande, es ist schärfste und härteste Gewalt, physisch wie psychisch. Schämen müssen sich die Täter, denn sie tragen eine Schande mit sich. Sie gehören mit aller Härte des Gesetzes bestraft.

Die NPD will billig Stimmen für die Landtagswahl im nächsten Jahr fangen und Stimmung gegen die Demokratie machen. Vor diesem Hintergrund möchte ich Euch die obenstehende Broschüre der »Amadeu Antonio Stiftung« empfehlen. Sie macht noch einmal deutlich, wie sexueller Missbrauch frühzeitig erkannt werden kann und welche Möglichkeiten für die Intervention und noch wichtiger, die Prävention bestehen. Gleichzeitig macht die Broschüre deutlich, dass es der NPD letztendlich um die Schwächung der Demokratie in unserem Lande und um Stimmenfang geht.

Peter Brill
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses der Landeshauptstadt Schwerin

EINLADUNG

Der Erwerbslosenbeirat hat das 13. Erwerbslosenparlament des Landes zum 29. Oktober 2010 in den Festsaal des Schweriner Schlosses einberufen und lädt Sie herzlich zur Teilnahme ein. Unter dem Thema:

Teilhabe an Arbeit für alle - gegen Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung!

wird sich das Parlament im Europäischen Jahr gegen Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung insbesondere mit der Beschäftigungssituation, der Lage der Langzeitarbeitslosen und ihrer Perspektive sowie der Armutsentwicklung im Land auseinandersetzen. Einen Schwerpunkt werden auch die Auswirkungen des »Sparpaketes« der Bundesregierung auf die Lebenssituation vieler Menschen darstellen.

Diskussionspunkte auf unserem Parlament sind deshalb die notwendige Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Integration für Langzeitarbeitslose, gute Arbeit – guter Lohn, der Stand der Entwicklung zum Kinder- und Familienland M-V sowie die Zurückdrängung der Armutsentwicklung.

Tagesordnung:

10. 00 Uhr: Eröffnung und Begrüßung des Parlamentes
10.05 Uhr: Grußwort der Landtagspräsidentin Frau Sylvia Bretschneider
10.15 Uhr: Ausführungen zum Problem: »Billiglohnland M-V? Gute Arbeit!«
(Kollege Ingo Schlüter, stellvertretender Vorsitzender des DGB Nord)
10.35 Uhr: Ausführungen zum Problem: »Mehr Teilhabe durch umfassende Arbeits- und Ausbildungsförderung«
(Frau Tina Hoffmann, Referentin für Jugendsozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband)
10.55 Uhr: Diskussion und Aussprache
12.10 Uhr: Pause
12.30 Uhr: Diskussion und Verabschiedung einer Erklärung des 13. Erwerbslosenparlamentes
13.00 Uhr: Wahl des Erwerbslosenbeirates und Beendigung des Parlamentes

Der Sprecherrat
des Erwerbslosenbeirates:
Christian Köpcke Ariane Kroß
Silvia Steinbach Swenja Romers
Bernd Rosenheinrich

Regionalkonferenz zur Programmdebatte in Rostock

Ein spannender Tag

Immer wieder angemahnt und nun auch praktiziert. Die Begegnung Ost und West in großem Stile durch die Parteiführung organisiert. Die Landesverbände Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin trafen sich zur gemeinsamen Programmdiskussion. Das versprach ein spannender Tag zu werden und er wurde es auch. So manch einen Landesvorsitzenden konnte man entdecken. Besonders erfreulich aus meiner Sicht, viele Schwerinerinnen und Schweriner waren im Saal anzutreffen. Ein Zeichen dafür, dass auch in unserem Kreisverband, das Interesse an einer Diskussion des Programmentwurfes groß ist.

Zunächst jedoch war warten angesagt, denn die Stühle im Saal reichten nicht aus und es wurde immer voller. Doch mit einigen Minuten Verspätung, als dann alle ei-nen Platz gefunden hatten, konnte die Veranstaltung beginnen. Das große Interesse zeigt, dass alle gewillt sind, sich in den Diskussionsprozess einzubringen. Dass es nicht allen leicht fällt, dabei Vorurteile weg zulassen, machten wenige Ausnahmen deutlich.

Das Einführungsreferat von Prof. Dieter Klein bestach durch Tiefe und machte deut-lich, dass es aus seiner Sicht um einen transformatorischen Prozess auf dem Weg in eine neue Gesellschaft handelt.

Nach der Debatte zum Referat von Prof. Dieter Klein wurde in zwei Arbeitsgruppen und einer Podiumsdiskussion weiter gearbeitet. Schön dabei war, auch bei der Podiumsdiskussion wurde im Saal diskutiert. Die Genossinnen und Genossen erlebten ein gutes Stück Demokratie und hatten also die Möglichkeit sich unmittelbar in die Debatte einzubringen.

Deutlich wurde aber auch, wie verschiedene Sozialisierungen inhaltliche Positionen prägen. So wurde bei der Frage der Regierungsbeteiligung deutlich, dass die links- und rechtselbischen Anwesenden sich fast immer gegenüber standen. Allerdings glaube ich gemerkt zu haben, dass es in den westdeutschen Landesverbänden mittlerweile ein differenzierteres Bild gibt, als noch vor einigen Monaten. Es ist eben Leben in der Programmdebatte. Unsere Partei sucht ihr Profil und sie wird es finden. DIE LINKE ist angetreten zu diskutieren und sich ein neues Programm zu geben. Ein solcher Prozess ist nie leicht, erst Recht nicht bei einer so jungen Partei, die dazu noch als einzige Partei versucht, eine wirkliche innerparteiliche Vereinigung zu realisieren. Die Programmdebatte in Rostock war ein guter Schritt auf dem Weg zu einer starken Partei mit einem neuen Programm.

Peter Brill

Bedingungsloses Grundeinkommen – eine gute Vision

Der folgende Beitrag wurde von Peter Brill, stellvertretender Kreisvorsitzender, während der Podiumsdiskussion im Rahmen der Regionalkonferenz zur Programmdebatte der LINKEN gehalten.

Prof. Klein hat in seinem Einstiegsreferat zum Programmentwurf festgestellt: »... und dazu ein kleiner Schuss Visionen«. Ja, an Visionen mangelt es dem Programmentwurf. Dabei fragen die Menschen nach Visionen. Denn sie erleben, dass diese Gesellschaft mit ihren Widersprüchen nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Halina Wawzyniak hat in ihrem Redebeitrag deutlich gemacht, dass unser Entwurf von einem veralteten Arbeitsbegriff ausgeht. Wir leben nicht mehr in der Industriegesellschaft, sondern in der postindustriellen Gesellschaft. Die Produktionsmittel haben sich entscheidend verändert. Wir müssen also auch den Begriff neu bewerten und neu diskutieren. Unser Programmentwurf berücksichtigt das bisher nicht.

Genau da sind wir dann an dem Punkt, an dem aus meiner Sicht das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ins Spiel kommt.

Auf dem Arbeitsmarkt verkauft der so genannte Arbeitnehmer seine Ware Arbeitskraft. Diese verkauft er heute billiger denn je. Entrechtet auf dem Markt ist er gezwungen, jeden noch so schlechten Lohn anzunehmen und faule Kompromisse zu schließen. Lohndumping und Leiharbeit sind die Folgen. Mit einem BGE ausgestattet könnte der »Arbeitnehmer« dem »Arbeitgeber« plötzlich auf Augenhöhe entgegentreten. Er müsste nicht jeden Job annehmen, er kann auch so überleben. Auf Dumpinglöhne ist er erst Recht nicht angewiesen.

Da würde dann auch die Vielfalt der Arbeit deutlich werden. Denn plötzlich wären Tätigkeiten interessant und automatisch bezahlt. Die Vielfalt der Arbeit wäre deutlich. In M-V haben wir es hier geschafft, deutlich zu machen, dass es Bedarfe gibt, die nicht in den Markt passen. Die Schulsozialarbeit von Helmut Holter ist ein Modell, dass M-V in andere Länder exportiert.

Noch etwas geschieht mit Arbeit, sie ist nicht mehr der schnöde Gelderwerb. Arbeit wird sich von jedem gesucht, sie wird plötzlich wieder Selbstverwirklichung und damit ein Bedürfnis. Wir merken es doch alle selbst. Vier Wochen krank zu hause liegen und wir wollen etwas tun. Wenn dann der Mensch allerdings weiter ausgeschlossen bleibt von der Teilhabe an Arbeit und damit soziale Kontakte Mangelware werden, fängt er an sich zu verändern. Zunächst psychisch und später leider oft auch physisch.

Arbeit wird mit dem BGE das was sie im ursprünglichen Sinne von Engels' »Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen« war. Ein Grundbedürfnis zur Veränderung der Umwelt und damit der Gesellschaft. Seit dem Ende der Urgesellschaft hat Arbeit nicht mehr diese Bedeutung. Gleichzeitig wird genau hier deutlich, dass es sich um eine Vision handelt. Schauen wir uns um. Für wen ist die tägliche Arbeit mehr als Gelderwerb zum Überleben? Wer geht zur Arbeit, weil es ein Grundbedürfnis ist?

Aus einem weiteren Grund ist das BGE eine Vision. Mehrere haben vor mir auf die globale Dimension des BGE hingewiesen. Daher ist schön, das es ein internationales Netzwerk zum BGE gibt. Aber der Weg wird weit sein, nicht nur in der BRD, sondern in vielen Ländern der Welt.

Geben wir daher dem BGE einen Platz in unserem Programm. Einen ganz besonderen, den der Vision, einer Vision, die Menschen begeistern kann.

Gesellschaftliche Opposition kontra Regierungsbeteiligung?

Den folgenden Beitrag wollte Peter Brill, stellvertretender Kreisvorsitzender, während der Podiumsdiskussion im Rahmen der Regionalkonferenz halten. Aus Zeitgründen kam es nicht dazu. Unabhängig davon veröffentlicht OB diesen Text.

Immer wieder kam heute die Debatte um die Regierungsbeteiligung auf. Häufig fiel dabei der Begriff »gesellschaftliche Opposition«. Sie wurde eingefordert und damit begründet, dass man sich nicht so einfach an einer Regierung beteiligen kann. Ich möchte darlegen, wie ich mich dieser Frage nähere. Schon vorhin ist deutlich geworden, dass es unserem Programm an Visionen mangelt. Die Zielvorstellung ist aber wichtig, denn tagtäglich müssen wir unser Handeln daran messen. Visionen, die diese Gesellschaft in Frage stellen und überwinden sind also notwendig.

Keiner diskutiert darüber, ob wir in die Parlamente sollten. Alle Landeverbände treten wie selbstverständlich zu Landtagswahlen und die Bundespartei zu Bundestagswahlen an. Unsere Arbeit in Parlamenten ist also erst einmal unstrittig.

Allerdings kann dies nicht reichen. Die Partei muss für die Menschen erlebbar sein. Nicht nur auf der Straße, sondern auch in Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Arbeitnehmervertretungen und anderen Institutionen. Nur so werden Menschen merken, dass Mitglieder der LINKEN Qualitätsarbeit leisten, sie dabei sind und wissen, was die Menschen bewegt.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich DIE LINKE. Wenn sie vergisst, was die Menschen bewegt, wenn sie nicht mehr außerparlamentarisch aktiv ist, wird sie im Parlament abgestraft. Sie wird weniger Prozente erhalten und wenn es ganz schlimm kommt aus dem Bundes- oder Landtag rausfliegen. Wenn sie politische Ansätze vertritt, die ihren Visionen widersprechen, wird es ihr genau so ergehen und die Menschen im Land werden sich von der Partei abwenden.

Diese Reaktionen wird DIE LINKE immer erfahren, egal ob sie in Regierung oder Opposition ist. Denn auch in der Regierungsbeteiligung wird sich niemand innerhalb der Partei das Ziel stellen, die Partei zu schädigen. Im Gegenteil zumindest die Genossinnen und Genossen, die uns in der Regierung vertreten, wollen dies in aller Regel weiter tun. Wenn sich die Partei von den Menschen entfernt, dann werden diese sich aber abwenden.

Es geht hier also offensichtlich viel mehr um die Frage, wie lässt es sich verhindern, dass die Partei sich von den Menschen entfernt.

(Fortsetung auf Seite 6)



Es ist FÜNF vor ZWÖLF

Annahme verweigert, Herr Mohnstadt!

Zahlreiche Betroffene haben am 6. September um fünf vor zwölf Uhr dem CDU-Bundestagsabgeordneten Mohnstadt gegenüber die Annahme des sogenannten Sparpaketes der Bundesregierung verweigert. Die vom Bündnis gegen das »Sparpaket« initierte Veranstaltung soll symbolhaft verdeutlichen, dass die sozial unausgewogenen Sparmaßnahmen von uns nicht akzeptiert werden. Die Streichung von Elterngeld und Rentenbeitragszahlung für Hartz-IV-Empfänger, die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldemfänger sind sozial nicht vertretbar. Sie belasten zudem die vor dem finanziellen Ruin stehenden Kommunen zusätzlich.

Herr Mohnstadt argumentiert, die Streichung von Sozialleistungen wären nur 30 Prozent des Sparpaketes, obwohl 50 Prozent der Bundesausgaben im Sozialbereich lägen und das Sparpaket wäre daher sozial ausgewogen. Stellt sich jedoch die Frage, wie groß der Anteil der Hartz-IV-Empfänger an den Ursachen der Kapitalismuskrise ist, die zur Notwendigkeit dieser »Sparmaßnahmen« führte – sie grenzt wohl nahe an Null! Deshalb fordert das Bündnis gegen das Sparpaket zu Recht, dass die Kosten der Krise von den Verursachern, den Banken und großen Konzernen getragen werden müssen. Immerhin erklärte sich Herr Mohnstadt bereit, das »Sparpaket« symbolisch zurückzunehmen – aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung, dem eine Ablehnung bzw. Änderung des »Sparpaketes« im deutschen Bundestag folgen muss. Dafür wird DIE LINKE Schwerin im Rahmen des Bündnisses mit weiteren Aktionen kämpfen.

Der Berg von »Sparpaketen«, die D. Mohnstadt (Bild Mitte) wieder mit nach Berlin nehmen soll.

Die Platte lebt

Direkt am Fernsehturm feierten die Stadtteile Neu Zippendorf und Mueßer Holz gemeinsam ihr Stadtteilfest. Vereine, Verbände und kommunale Einrichtungen, die ihre Arbeit vorstellten, viele kostenlose Spielmöglichkeiten und ein selbstorganisiertes Bühnenprogramm, das für jung und alt etwas bot, sorgten für einen gelungenen Nachmittag. Selbstverständlich waren auch die Parteien dabei. DIE LINKE Schwerin informierte unter anderem über das so genannte Sparpaket, sorgte für Spiel und Spaß für die Kinder und bot eine Bürgersprechstunde mit dem Landtagsabgeordneten Helmut Holter an. **R.J.**



Helmut Holter bei seiner Sprechstunde während des Stadtteilfestes

Gesellschaftliche Opposition kontra Regierungsbeteiligung?

(Fortsetzung von Seite 5)

Da sind wir wieder bei uns selbst angekommen. Wie ernst nehmen wir uns selbst. Wie sind wir als Mitglieder der LINKEN in den sozialen Bewegungen, in Vereinen und Verbänden und im Alltag unterwegs und für die Menschen erlebbar? Wie stark ist unsere innerparteiliche Demokratie, damit die Parteiführung sich mit der Gesamtpartei berät und nicht zum Überflieger wird. Wer hat letztendlich das Sagen – die Partei, die oftmals medial nicht so interessant wie die Fraktionen. Immerhin sind es ja die Fraktionen, die über Anträge und Gesetzentwürfe entscheiden, nicht die Partei. Das Primat der Parteiführung ist dabei unerlässlich und die Fähigkeit aller sich zurückzunehmen von großer Bedeutung. All dies sind allerdings keine programmatischen Fragen. Vielmehr sind es Fragen des taktvollen Umgangs miteinander und der Satzung unserer Partei.

Programmatisch ist es daher aus meiner Sicht egal, ob diese Partei in Regierung oder Opposition im Parlament mitarbeitet. Wichtig ist, dass man sich der Rolle der Partei als gesellschaftliche Opposition und der sich daraus ergebenden Erwartungshaltung der Menschen bewusst ist. Insofern braucht man das Thema Regierungsbeteiligung im Programm überhaupt nicht zu erörtern oder man stellt die Frage offen, denn letztendlich entscheidet die Partei in der konkreten Situation vor Ort.

Leserbrief

Das Tragische als Basis des Komischen

Keine Schwammigkeit, kein Ausweichen, sondern offen und faßbar widerspricht mir Stefan Schmidt, Kreisvorsitzender im letzten OB. Ich denke, in vielen Details würden wir schnell unsere Widersprüche ausräumen bzw. sich unsere Ansichten annähern können.

Ich frage mich allerdings und das ist mein Brennpunkt, warum nicht gesehen wird, dass es im »stern« nicht um einen Satz geht – wie auch Stephan Schmidt behauptet – , sondern um Holtersche Programmatik für unterschiedliche Bereiche zum Regieren. Und das verkündet auch noch einige Monate vor der Bundestagswahl. Übrigens Dietmar Bartsch hat ebenfalls auf den letzten Fakt verwiesen. Lesen wir doch im »stern« gründlich nach. Ich habe damals auf obig genannte Programmatik aufmerksam gemacht und ich nicht allein – in der Parteizeitung »Klartext«. Im OB wurde der Leserbrief nicht gedruckt. Mit wem war das »stern« -Interview vorbereitet und abgestimmt? Helmut Holter hat diese programmatischen Gedanken weder entkräftet noch zurückgenommen. Warum nicht? Ist seine tiefe Überzeugung weiter von ihnen geprägt. Vielleicht sieht er sie als eine Reserve für spätere Koalitionsverhandlungen? Oder gibt er nur dem bürgerlichen Druck von rechts nach wie wir es aus unserer langen Geschichte bis zur Gegenwart immer wieder erleben konnten? Warum lässt er uns im Dunklen und klärt nicht auf? Das wurde nochmals deutlich im August bei der Veranstaltung mit Angelika Gramkow und Helmut Markov. Ich habe Helmut Holter unter dem Aspekt der Glaubwürdigkeit einer Regierungsbildung gefragt: Er sei ja ein Aktivist des »SED-Terror und -Mordregimes« (seine Auffassung) auf mittlerer Ebene gewesen. Er hat dies »Mord- und Terrorregime« gestärkt, verteidigt und sein Leben für die DDR in die Waagschale geworfen, ob es da nicht angebracht wäre, mehr Zurückhaltung und Demut zu zeigen als in einem »freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat« nach dem Amt des Ministerpräsidenten zu greifen? Er hat darauf nicht geantwortet. Er hat nur gesagt, dass man in unserer Partei den Druck von entgegengesetzten Meinungen aushalten müsse und dass man durch Beschlüsse anstehende Probleme nicht beseitigen könne. Auch meinte er noch, dass die Landesparteiorganisation in der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit schon früher weiter war als der gegenwärtige Programmentwurf.

Ich denke, um Helmut Holter geht es nur in so fern, weil es um die ideologische Ausrichtung der Landesorganisation geht. Es ist tragisch wie die Verteidigung, Umgehung oder Verharmlosung des Holterschen Interview vorgenommen wird und dadurch unsere Parteiorganisation in der sozialistischen und sozial kämpferischen Profilierung gehemmt wird. Aber der politische Gegner wird uns noch zur rechten Zeit, doch spätestens im Wahlkampf und in eventuellen Koalitionsverhandlungen diesen antikommunistischen Spiegel vorhalten. Dann werden wir aber komisch aussehen und können nicht sagen wie einst Adenauer: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern. Ich bleibe dabei, die von H. Holter in Szene gesetzte ideologische und diese von anderen geschönte Position ist für die Parteiorganisation tragisch und lässt uns tragischkomisch aussehen.

Karl Scheffsky, Schwerin

Liebe Mitstreiter,
schon jetzt möchte ich Euch herzlich zur 3. Tagung des 2. Landesparteitages und der Landesbasiskonferenz am 27. November 2010 im Van der Valk Resort Linstow einladen.

Nachdem in der Jahresplanung für 2010 eine Landesbasiskonferenz zum Thema »MV2020+« für den 13. November vorgesehen und ein Landesparteitag für September geplant war, hat sich der Landesvorstand im Sommer entschieden, im November eine Kombination aus Parteitag und Basiskonferenz durchzuführen.

Erstmals wollen wir am Vormittag in einer »Aussprache« gemeinsam diskutieren, bevor wir nach der Mittagspause in drei inhaltlichen Foren arbeiten wollen.

Mit der Verbindung der Basiskonferenz und des Parteitages wollen wir bewusst nicht nur über »MV2020+« – wie ursprünglich geplant – miteinander ins Gespräch kommen.

Wie immer sind zu einem Parteitag nicht nur Delegierte eingeladen. Alle Interessierten dürfen, können und sollen sich an den Debatten beteiligen. Dies gilt erst Recht für eine Basiskonferenz.

Ich hoffe auf Euer Interesse und bitte freundlichst um Werbung für diese Veranstaltung in Eurem Wirkungskreis.

Viele Grüße aus Schwerin

Kay Spieß, Landesgeschäftsführer und Pressesprecher der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Auch nach 20 Jahren Deutscher Einheit

Bundesregierung hat kein schlüssiges Konzept zur Entwicklung Ostdeutschlands

Innenminister Thomas de Maizère hat den Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit vorgestellt. Dazu erklärt Steffen Bockhahn, Landesvorsitzender der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern:

»Angesichts der zu erwartenden Jubelfeiern ist es auch im 20. Jahr der Deutschen Einheit dringend nötig auf die strukturellen Defizite in Ostdeutschland hinzuweisen. Die Bundesregierung feiert die Deutsche Einheit als Erfolgsmodell, hat aber kein schlüssiges Konzept, um die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten zu beseitigen. Bei Lohn, Rente und der Arbeitslosenquote wird deutlich, dass wir von gleichen Lebensverhältnissen noch weit entfernt sind. Das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung wird diese Spaltung weiter verschärfen. Es ist ungerecht und nicht nachvollziehbar, dass 20 Jahre nach der Wiedervereinigung die Renten noch nach unterschiedlichen Werten berechnet werden und die Lebensleistung der Menschen in Ost und West nicht in gleicher Weise anerkannt wird.

Die Bundesregierung will Gelder für die Förderung von Forschungsnetzwerken im Osten der Republik kürzen und hat den ›Goldenen Plan Ost‹ zur Sanierung der Sportstätten für den Breitensport komplett gestrichen. Das macht deutlich, dass sie kein Verständnis für den Osten hat.

DIE LINKE schlägt vor, Bildung und Lernen, Re- und Neuindustrialisierung schwerpunktmäßig im Bereich der erneuerbaren Energien besonders im Osten zu fördern. So können neue nachhaltige Wirtschaftskerne geschaffen werden, die ein eigenständiges Wachstum in den neuen Ländern generieren. Nur das kann den Abstand verringern und so auch den Westen entlasten.«

Dontoh aus Ghana zu Besuch im »Bunten Q«

Am vergangenen Montag hatte die neue Projektwerkstatt »Buntes Q« in der Lübecker Strasse 180 einen Ehrengast. John Dontoh (54), Direktor der »Asutsuare Roman Catholic School (R/C J.H.S.)« aus der ghanaischen Hauptstadt Accra, stellte sich den Fragen der zahlreichen Gäste. Karsten Jagau (attac Schwerin) dolmetschte die interessante Diskussion rund um Traditionen, Kultur und Politik des westafrikanischen Landes.

Den meisten bis dahin lediglich vom Fußball bekannt, tat sich eine andere Sicht auf das Land an der Goldküste auf. Doppelt- und Mehrfachehen, die ausgeprägte Rolle der Frau, die Wertung der Parteien, soziale Absicherung, Tradition in der Erbfolge und John Dontohs Einschätzungen von Ghanas Zukunftschancen zeigte einmal mehr, dass sich Probleme einer Gesellschaft nicht nur mit Finanzhilfen oder guten Worten lösen lassen. Zur Entwicklung eines Landes wird immer auch »der Wille des Volkes« gebraucht. Erstaunliche Parallelen gäbe es auch zu Deutschlands Bildungsmisere. Bildung, so Dontoh, sei eines der großen Ziele, das ganze Kontinente antreiben und voranbringen könne. Gerade in Ghana ist es eine fest im Bewusstsein verankerte Meinung: Wer gut ausgebildet sei, sich weiter bilde, habe eine reale Chance auf Arbeit.

Gerade als Schuldirektor und Mitglied der Partei NPP (New Patriotic Party) gehe an ihn die Frage der Bildung nicht spurlos vorüber. Dontoh erzählte von Projekten in seinem Wohngebiet und Bestrebungen, entgegen der »Schulgeldregelung« Nachhilfe zu erteilen. Doch Bildung sei in Ghana teuer und ohne die entsprechenden technischen und finanziellen Mittel nur schwer zugänglich.

Aufgrund dieser Aussagen entschlossen sich einige Gäste spontan, einen Spendenaufruf zu starten, aus dessen Erlös es möglich sein könne einen Laptop und andere Büroartikel zu besorgen. »Ich sehe dies als eine von vielen Möglichkeiten an, den Reichtum, den wir hier in unserem Land haben, weiterzugeben. Über den direkten Kontakt durch John Dontoh nach Ghana ist eine einmalige Chance dafür gegeben, damit die Unterstützung ohne Umwege dort ankomme, wo sie gebraucht werde.« so Torsten Müller, der selbst ein kostenloses Mathematik-Nachhilfe-Projekt leitet und die Telefonnummer 0385 4781801 also Kontaktmöglichkeit zur Spendenaktion zur Verfügung stellt.

Tini, Vorsitzende der Gruppe »Die Bunten«, stellte mit Blick auf die vielfältige Kultur der »Black Stars« fest: »Ghana stimmt einen über das eigene Land nachdenklich: Es zeigt, dass die Vielfalt, die wir uns hier in Deutschland wünschen, noch immer nicht in vollem Umfang angekommen ist.«

Ende September wird John Dontoh Deutschland wieder verlassen. Einen bleibenden Eindruck hat er an diesem Abend allemal hinterlassen. Er erkenne hier in unserem kleinen Schwerin Chancen und Inspirationen, von denen er einige mit in seine Heimat nehmen werde.

Stephan Martini



Kaffeeklatsch zwischen Regierung und Opposition

Ein hochspannendes Thema hat Angelika Gramkow bei ihrer Einladung zum Kaffeeklatsch aufgegriffen, und prominente und erfahrene Gesprächspartner haben sich der Diskussion gestellt: Helmuth Markov, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister in Brandenburg und Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender in unserem Landtag, der ja ebenfalls Erfahrungen in mehrjähriger Regierungsarbeit sammeln konnte.



Die Diskussion war dann auch erwartet kontrovers – zwischen den Chancen, die sich aus Beteiligung an Regierungsarbeit ergeben und den Gefahren, denen wir die Glaubwürdigkeit unserer gesellschaftlichen Opposition aussetzen. Eines zeigte sich jedoch am Ende deutlich: Egal ob Regierung oder Opposition, beides sind nur Mittel, um Ziele durchsetzen zu können, und wichtig ist, dass diese Ziele und auch die von uns genutzten Mittel durch Kommunikation transparent werden. Zuerst Kommunikation mit den Genossinnen und Genossen in der Partei und dann kann die Partei auch gut informiert in der Öffentlichkeit auftreten. Auf die bürgerlichen Medien können wir uns dabei nicht verlassen. Deshalb sollten solche direkten Gespräche viel öfter stattfinden.



Herzliche Glückwünsche

Die Basisorganisation 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Fritz Stannies zu seinem 72., dem Genossen Falk Koop zu seinem 44. und dem Genossen Uwe Schierig zu seinem 49. Geburtstag.

Am 20. Oktober begeht der Genosse Rolf Holtzhauer seinen 79. Geburtstag. Dazu erhält er von seiner BO herzliche Glückwünsche.

Die Stadtteilorganisation Krebsförden gratuliert Genossin Anita Freyer am 23. September zu ihrem 79. Geburtstag.

Nachträgliche Glückwünsche gehen an Genossen Helmut Kranz zu seinem 60. Geburtstag.

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 236 gratulieren und beglückwünschen recht herzlich im September ihre Genossin Edith Buhr zum 90. Geburtstag.

Ebenfalls die aller besten Wünsche zum Geburtstag erhalten am 5. Oktober Genossin Hilde Parchmann zum 86., am 8. Oktober Genosse Heinz Norbert Senk zum 53., am 12. Oktober Genosse Fred Lassig zum 64. und am 28. Oktober Genosse Günter Rzehak zum 62. Geburtstag.

Nachträglich erhält die herzlichsten Glückwünsche zum 85. Geburtstag Genossin Hildegard Wolff von den Genossinnen und Genossen der Stadtteilorganisation Friedrichthal.

Die nächste Ausgabe erscheint am **29. Oktober 2010**

DIE LINKE. Schwerin - Kreisgeschäftsstelle
Martinstraße 1/1a – 19053 Schwerin
Tel.: 0385 / 7587454